

ASGL erzielt erste Erfolge und verfolgt weiter ihre Wahlziele

Im März 2022 fanden wieder Sitzungen der Räte von Stadt und Samtgemeinde statt:

Stadtrat:

Änderung Bezeichnung der Fachausschüsse:

Die ASGL hatte beantragt, dass sich durch die Namensgebung der Fachausschüsse auch eine Aufgabenzuständigkeit abbildet. Insbesondere nach der Auflösung des Ausschusses für kulturelle und soziale Arbeit war es uns wichtig, dass auch nach außen sichtbar wird, dass es für diese wichtigen Angelegenheiten einen Fachausschuss gibt. Ein im Beratungsverfahren erzielter Kompromiss war die Bezeichnung Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Durch den vom Ratsherren Vollmer in der Ratssitzung gestellten Antrag, alles möge so bleiben, wurde der Kompromiss konterkariert. In der Abstimmung gab es dann eine deutliche Niederlage für unseren Antrag.

Ergebnis: Durch alle Stimmen von CDU, SPD und BRA abgelehnt.

Modernisierung der Spielplätze:

Der Antrag wurde in den Fachausschüssen beraten und zur Abstimmung in den Rat gebracht. Es soll nunmehr ein Konzept für die Spielplatzgestaltung erarbeitet werden. Flankierend sollen zur Konzepterstellung um Umsetzung Gelder aus dem Projekt Dorfregion Aller-Wölpe genutzt werden. Leider wurde der Antrag unseres Erachtens unnötig aufgebläht, was eine zeitnahe Umsetzung fraglich erscheinen lässt. Aber, es wurde etwas durch unsere Initiative angestoßen.

Ergebnis: Annahme und Auftrag an die Verwaltung

Monatliche Sitzung Verwaltungsausschuss (VA)

Die ASGL steht dafür, dass die politischen Entscheidungen so öffentlich wie möglich diskutiert und beschlossen werden. Im Vorfeld des letzten Sitzungslaufes wurde an die ASGL Fraktion herangetragen, dass es eine informelle Runde geben soll, die aus den Fraktionsvorsitzenden, dem Stadtdirektor, seinem Vertreter und dem Bürgermeister besteht. Diese Runde tagt ohne Protokoll und weder die Ratsmitglieder als auch die Öffentlichkeit bekommen von diesen Gesprächen formell Kenntnis. Dieses Vorgehen entspricht nicht unserem Politikverständnis. Aus diesem Grund haben wir beantragt, dass sich der VA monatlich trifft, da die Besetzung des VA nahezu der geplanten Runde entspricht. Der Vorteil besteht darin, dass die Sitzungen des VA ratsöffentlich sind und somit zumindest die gewählten Vertreter unmittelbar Informationen bekommen. Da der Antrag abgelehnt wurde, muss man unterstellen, dass hier ein Gremium wieder ins Leben gerufen werden soll, dass durch den ehemaligen Stadtdirektor initiiert wurde. Der Rat der Stadt Rethem hatte sich auf einer Sitzung vor eineinhalb Jahren mehrheitlich gegen eine informelle Runde ausgesprochen. Von der Befürwortung informeller Runden, die nicht zumindest ratsöffentlich sind, sehen wir grundsätzlich ab.

Ergebnis: Durch alle Stimmen von CDU, SPD und BRA abgelehnt.

Naturschutzbeauftragter für Stadt

Die SPD hatte bereits zu Beginn der Ratsperiode einen wie wir finden richtungsweisenden Antrag gestellt, der das Ziel hat für das Gemeindegebiet der Stadt Rethem einen Umweltbeauftragten zu installieren. Ute Feldmann hat dafür gesorgt, dass der Unterschied zwischen Umweltbeauftragtem und Naturschutzbeauftragtem sehr gravierend ist, was das Aufgabenspektrum angeht. Daraufhin konnte man sich darauf verständigen, dass es um einen Naturschutzbeauftragten geht. Die ASGL hat durch ihre deutliche Unterstützung dafür gesorgt, dass der Antrag trotz erheblicher Bedenken von CDU und BRA letztendlich angenommen wurde und die Verwaltung den Auftrag erhielt, das weitere Vorgehen zu organisieren.

Ergebnis: Annahme und Auftrag an die Verwaltung

Samtgemeinderat:

Schulungsmaßnahmen für Ratsmitglieder:

Bisher war es sowohl in der Samtgemeinde als auch in den Mitgliedsgemeinden unüblich, dass für neue und interessierte Ratsmitglieder Schulungen organisiert wurden. Dies ist aus Sicht der ASGL ein unhaltbarer Zustand und hat nichts mit einer Willkommenskultur zu tun. Die ASGL hat sich darum bemüht, über den Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund Angebote für Schulungsmaßnahmen zu den Themen Ratsmandat, Haushaltsrecht und Bauleitplanung zu bekommen. Dies war erfolgreich und so wurde in der Beratung erreicht, dass die Verwaltung beauftragt wurde, sich um die Organisation entsprechender Schulungen zu kümmern. Warum die BRA sich einem solchen Angebot durch enthält, bleibt ihr Geheimnis.

Ergebnis: Durch alle Stimmen von CDU, SPD und ASGL beschlossen.

Anpassung der Samtgemeindeumlage:

Für die Samtgemeindeebene ging es uns darum, eine Diskussion zur gerechten Berechnung der Samtgemeindeumlage anzustoßen. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass die Samtgemeinde zur Deckung der Pflichtaufgaben von den Mitgliedsgemeinden nicht auskömmlich mit Finanzmitteln ausgestattet wird. Unseres Erachtens sollte es darum gehen, dass wir das Konstrukt Samtgemeinde als Solidargemeinschaft betrachten, und jede Mitgliedsgemeinde entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bei der Berechnung der Samtgemeinde berücksichtigt wird und die Samtgemeinde nicht zur Aufnahme von Fremdmitteln zur Deckung laufender Ausgaben gezwungen ist.

Ergebnis: Jeweils durch alle Stimmen von CDU, SPD und BRA abgelehnt.

Steuerung von Windenergieflächen:

Bedingt durch die Modifizierung der Energieerzeugung von fossilen zu sich erneuernden Quellen wird es auch im Gebiet der Samtgemeinde zu erheblichen Druck auf die Fläche kommen. Um dem aggressiven Verhalten privater Investoren etwas entgegenzusetzen, möchte die ASGL erreichen, dass man steuernd den Prozess begleitet und nicht nur auf das schonungslos privaten Interessen dienende Verhalten von Investoren reagieren muss. Dazu haben wir beantragt, dass man überlegt wo im Gebiet der Samtgemeinde aus ökologischen aber auch sozioökonomischen Gesichtspunkten nachhaltig Energieerzeugungsflächen sinnvoll sind.

Ergebnis: Zur Beratung an den Bau- und Umweltausschuss verwiesen

Stadt und Samtgemeinde:

Änderung der Geschäftsordnung:

Ein wesentliches Wahlziel der ASGL ist die Transparenz und Einbindung der Bevölkerung in den politischen Entscheidungsprozess. Dazu hatte die ASGL beantragt, dass man Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, vor der Beratung in Sitzungen Ausschüssen und Rat zu Punkten der Tagesordnung vor der Beratung durch die Ratsmitglieder nochmal ein kurzes Statement abzugeben, was in die Beratung einfließen kann. Es war deutlich zu beobachten, dass dies in beiden Räten kritisch gesehen wurde. Man möchte durch die Bevölkerung keine Störung der Sitzungen, wurde direkt und indirekt zum Ausdruck gebracht. Diese Haltung entspricht nicht unserem Verständnis von politischer Arbeit auf kommunaler Ebene. Wir werden weiter dafür kämpfen. Wichtig dazu ist, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu den Sitzungen kommen, und damit ihr Interesse zum Ausdruck bringen, denn dadurch ergibt sich eine neue Sachlage.

Ergebnis: Jeweils durch alle Stimmen von CDU, SPD und BRA abgelehnt.

Arbeitsziele für die Räte :

Durch die Anträge zur Formulierung von Zielen für die Wahlperiode, die wir sowohl für die Samtgemeinde als auch die Stadt Rethem gestellt haben, wollten wir erreichen, dass man ein zielorientiertes und proaktives Vorgehen anstößt. Auch der Verweis auf das NKomVG, das dem Rat die Aufgabe zuweist, sich ein Leitbild zu geben und Ziele zu verabschieden, konnte nicht überzeugen. Nachdem im Beratungsprozess erkennbar war, dass dies in keiner Weise für notwendig erachtet wurde, haben wir versucht, zumindest eine halbtägige Informationsveranstaltung zum Thema, was heißt es mit Zielen zu arbeiten, zu initiieren. Hier nur ein Statement aus der Beratung von einem Vertreter der BRA: „Ich hab eh schon keine Zeit, soll ich mir auch noch für sowas Zeit nehmen. Das könnt ihr vergessen“. Und so blieb auch dieser Antrag ohne eine Mehrheit. Also, weiter so mit reaktivem Handeln ohne Leitbild und langfristiges Ziel.

Ergebnis: Jeweils durch alle Stimmen von CDU, SPD und BRA abgelehnt.